



Foto: dpa

Gesundheitsreform

Gute Reform für die Versicherten!

Die CDU hat die Verhandlungen in der Großen Koalition zur Gesundheitsreform erfolgreich zu Ende führen und sich in wichtigen Punkten durchsetzen können.

In ihrem ersten Statement nach den Gesprächen zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Er-

gebnissen zufrieden. Die Verständigung mit dem Koalitionspartner sei „ein vertretbares und gutes Ergebnis“. Die Beschlüsse seien die Weichenstellung hin zu einer neuen Gesundheitsversicherung. „Wir wollen den Versicherten in seinen Wahlmöglichkeiten stärken und effizient und ▶

INHALT

Ronald Pofalla:
Gesetzlicher Mindestlohn
ist sozial ungerecht
Seite 4-5

Integrationsdebatte:
Islam ist ein Teil unseres
Landes
Seite 9-10

Dokumentation
Hintergrundinformationen
zur Gesundheitsreform

► effektiv mit dem Beitragsgeld umgehen. Es ist eine Reform für die Versicherten und es wird die Anbieter von Gesundheitsleistungen unter einen stärkeren Wettbewerbsdruck stellen," sagte Angela Merkel. Die CDU-Vorsitzende betonte: „Der Bürger wird sicher sein können, dass er in Zukunft die medizinischen Leistungen bekommt und am medizinischen Fortschritt teilhaben kann – egal wo er in Deutschland wohnt, egal wie viel er verdient.“ Zum Verlauf der Gespräche erklärte die Bundeskanzlerin: „Wir haben in der Sache gerungen, aber immer in dem Geist, dass wir ein Ergebnis wollen. Wer weiß, wie kompliziert die Dinge im Gesundheitswesen sind, der weiß auch, dass hier ein ganz wichtiger Schritt für die Koalition gelungen ist, und dass dies ein gutes Zeichen ist für die weiteren anstehenden politischen Projekte, wie z.B. die Unternehmenssteuerreform und die Veränderung von Hartz IV.“

„Mit der Gesundheitsreform konnte die CDU drei

zentrale Ziele erreichen," erklärte Generalsekretär Ronald Pofalla. Mit der gesetzlichen Fixierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge sei ein wichtiger Schritt zur Abkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten erreicht. Steigende Gesundheitsausgaben würden sich in Zukunft nicht mehr automatisch auf den Faktor Arbeit auswirken. Mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds zum 1.1.2009 beginne zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ein richtiger Wettbewerb, betonte der CDU-Generalsekretär. Die Versicherten werden zukünftig das Angebot der Kassen nach Leistung und Preis besser beurteilen können. Außerdem werde das funktionierende System der Privaten Krankenversicherung ohne Abstriche erhalten, so Pofalla. Zusätzlich habe die CDU durchgesetzt, dass auch innerhalb der Privaten Krankenversicherung der Wettbewerb zu Gunsten der Versicherten deutlich erhöht werde. Das Verhandlungsergebnis las-

se sich wie folgt zusammenfassen, so Pofalla: „Die CDU hat mit der Gesundheitsreform die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung in Richtung der solidarischen Gesundheitsprämie erreicht. Gleichzeitig hat die CDU die Einführung der von der SPD geplanten Bürgerversicherung verhindert. Unter dem Strich können wir sagen: Harte Arbeit und zähes Ringen haben sich gelohnt. Die Große Koalition hat einen wichtigen Schritt getan und ein gutes Zeichen für die künftige Arbeit gesetzt.“

Folgende Informationen zur Gesundheitsreform finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de sowie in der UiD Dokumentation (Innenteil):

- Eckpunkte und Zielsetzung der Reform
- Zentrale Wettbewerbsaspekte der Gesundheitsreform
- Flugblatt der Woche

IMPRESSUM

UiD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 022 26-802-0, Telefax 022 26-802-111-333. Vertrieb: Telefon 022 26-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Gesundheitsreform

Gute Reform für die Versicherten! Die Arbeit hat sich gelohnt.

Mit der Gesundheitsreform wurde eine Weichenstellung zu einer neuen Gesundheitsversicherung beschlossen, die den Versicherten auch künftig alle notwendigen medizinischen Maßnahmen garantiert und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle gewährleistet. Gleichzeitig wird der Wettbewerb unter den Krankenversicherungen im Interesse der Versicherten erhöht.

Mit der Gesundheitsreform konnte die CDU drei zentrale Ziele erreichen:

1. Entkopplung der Arbeits- von den Gesundheitskosten

Mit der gesetzlichen Fixierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ist ein wichtiger Schritt zur Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten erreicht. Steigende Gesundheitsausgaben werden sich in Zukunft nicht mehr automatisch auf den Faktor Arbeit auswirken!

2. Mehr Wettbewerb innerhalb des Gesundheitssystems

Mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds zum 1.1.2009 beginnt zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ein richtiger Wettbewerb. Der Versicherte kann zukünftig das Angebot der Kassen nach Leistung und Preis besser beurteilen. Die Wahlmöglichkeiten werden deutlich verbessert.

3. Erhalt des Systems der Privaten Krankenversicherung

Das funktionierende System der Privaten Krankenversicherung bleibt ohne Abstriche erhalten. Zusätzlich haben wir auch innerhalb der Privaten Krankenversicherung den Wettbewerb zu Gunsten der Versicherten erhöht.

Die CDU hat mit der Gesundheitsreform die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung in Richtung der solidarischen Gesundheitsprämie erreicht. Gleichzeitig haben wir die Einführung der von der SPD geplanten Bürgerversicherung verhindert. Unter dem Strich können wir sagen: Harte Arbeit und zähes Ringen haben sich gelohnt. Die Große Koalition hat einen wichtigen Schritt getan und ein gutes Zeichen für die künftige Arbeit gesetzt.

Besser für die Menschen.

CDU

Ronald Pofalla

Gesetzlicher Mindestlohn ist sozial ungerecht

Die Massenarbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit in unserem Land. Sie ist ein unerträglicher Zustand. Für die Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel steht deshalb die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes an erster Stelle. Hoffnung gibt mir dabei die Trendwende am Arbeitsmarkt.

Nachdem sie seit Jahren immer nur versprochen wurde, haben wir sie jetzt tatsächlich geschafft: Heute sind im Vergleich zum Vorjahr 409.000 Menschen weniger arbeitslos. Die Zahl derjenigen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, hat um 194.000 zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in diesem Sommer auf den dritthöchsten Stand der Nachkriegsgeschichte gestiegen. Das sind drei immens positive Signale. Aber: Das ist noch lange nicht genug.

Deshalb geht es jetzt darum, die Weichen in der Arbeitsmarktpolitik so auszurichten, dass der positive Trend nicht nur erhalten,



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

sondern Schritt für Schritt ausgebaut wird.

Der DGB, Verdi und Teile der SPD schlagen dabei vor, jedem Arbeitnehmer in Deutschland einen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Arbeitsstunde zu garantieren. Die PDS fordert sogar 8 Euro pro Arbeitsstunde. Viele glauben, dass ein solcher Mindestlohn die Gerechtigkeit in unserem Land erhöhen würde. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Die Begründung liegt in der Lebenswirklichkeit. Etwa 1,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten schon heute in Deutschland für weniger als 7,50 Euro in der Stunde. Rechnet man die Teilzeitbeschäftigten und Minijobber hinzu, erhöht

sich die Zahl sogar auf 3,9 Millionen. Solche Löhne mögen für den einen oder anderen abschreckend klingen. Aber es handelt sich um gute, ehrliche Arbeitsplätze, die vor allem auch denjenigen ohne Ausbildung die Chance bieten, ihren Lebensunterhalt durch eigene Hände Arbeit zu verdienen.

Würde diesen Menschen durch einen gesetzlichen Mindestlohn geholfen? Eirigen vielleicht. Aber die Mehrzahl der Beschäftigten würde statt der versprochenen Lohnerhöhung das Kündigungsschreiben erhalten. Denn viele dieser Arbeitsplätze existieren nur, gerade weil es niedrige Löhne gibt. Werden diese Arbeitsplätze durch einen gesetzlichen Mindestlohn künstlich verteuert, rentieren sie sich nicht mehr und werden abgebaut.

Eine staatlich verordnete Lohnsteigerung für wenige auf Kosten vieler ist sozial ungerecht – und für die CDU nicht akzeptabel. Deshalb habe ich mich immer wieder gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgesprochen. Wer neue

Arbeit schaffen und bestehende Arbeitsverhältnisse sichern will, muss diese Position vertreten. Ich sage daher mit Blick auf die versammelte Linke: Wer einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, wird sich an CDU und CSU die Zähne ausbeißen.

Auch der Sachverständigenrat hat die Position der Union jetzt eindrucksvoll bestätigt. Die fünf Wirtschaftsweisen haben einem gesetzlichen Mindestlohn eine unmissverständliche Absage erteilt. Deutlicher hätte sich das renommierte Expertengremium gar nicht ausdrücken können. Mir ist gleichwohl sehr bewusst, dass es Berufe gibt, in denen

die Menschen trotz härtester Arbeit nur gerade so viel verdienen, dass sie damit über die Runden kommen. Für den Kauf eines Autos oder einen schönen Urlaub mit der Familie fehlt dann einfach das Geld. Ein Leben unter solchen Bedingungen ist verdammt hart. Für die CDU gehört deshalb zu den Grundüberzeugungen: Armut trotz Arbeit darf es in Deutschland nicht geben. Deshalb müssen wir für Arbeitnehmer, die zu wenig verdienen, um davon leben zu können, ein wirksames Kombilohnmodell entwickeln. Lohn plus staatliche Hilfe ist allemal besser als Arbeitslosigkeit plus Stütze.

Dies ist die vernünftige und vor allem auch erfolgversprechende Alternative zum gesetzlichen Mindestlohn – genau diesen Weg hat jetzt auch der Sachverständigenrat unterstützt.

Wir wollen den Menschen Chancen auf ein eigenständiges Leben in Wohlstand, Sicherheit und Würde ermöglichen. Eigene Arbeit ist nicht nur eine reine Frage des Broterwerbs. Arbeit bedeutet auch Selbstwertgefühl. Arbeit erfüllt mit Stolz darauf, selbst etwas zu schaffen. Allein das ist Motivation genug, um die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze in unserem Land weiter und dauerhaft zu verbessern.

CDU ERFOLGREICH IN DEN KOMMUNEN

Bei den Stichwahlen zu den Kommunen in Niedersachsen konnte die CDU ihre Erfolge aus dem ersten Wahlgang fortsetzen.

In Wolfsburg wurde Rolf Schnellecke mit 60,8 Prozent der Stimmen klar in seinem Amt als Oberbürgermeister bestätigt. Für eine positive Überraschung sorgten die Ergebnisse aus Oldenburg und Salzgitter. In Oldenburg gewann der von der CDU und den Grünen unterstützte Kandidat

Gerd Schwandner. Er wurde in der traditionellen SPD-Hochburg mit 50,9 Prozent der Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. In Salzgitter setzte sich der CDU Kandidat Frank Klingebiel mit 51,7 Prozent gegen den SPD-Kandidaten Helmut Knebel durch. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff zeigte sich mit den Ergebnissen der Stichwahlen sehr zufrieden. „Wir freuen uns, dass wir in Oldenburg und Salzgitter

den Wechsel geschafft haben“, sagte Wulff. Einen weiteren Wahlerfolg konnte die CDU Nordrhein-Westfalens feiern. Im Kreis Warendorf wurde der CDU Kandidat Olaf Gericke mit überzeugenden 60,5 Prozent zum neuen Landrat gewählt. „Der Erfolg von Olaf Gericke macht deutlich, dass die CDU die kommunale Kraft Nummer Eins in Nordrhein-Westfalen ist“, gratulierte der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

INSM-Länderranking

Saarland Aufsteigerland

Großer Erfolg für das CDU-regierte Saarland: Das Saarland ist das wirtschaftsdynamischste Bundesland in Deutschland und liegt damit auf Platz 1 beim Länderranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Bereits zum vierten Male wurden in einer breit angelegten Studie des renommierten Instituts der Deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der IW Consult und der Wirtschaftswoche der wirtschaftliche Zustand und die Zukunftsperspektiven der 16 Bundesländer untersucht. Dabei ist das Saarland zum zweiten Mal innerhalb von nur drei Jahren mit deutlichem Abstand auf den ersten Platz gewählt worden.

Im vergangenen Jahr stieg das Bruttoinlandsprodukt des Bundeslandes um 2,5 % – mehr als in Bayern und Baden-Württemberg. Seit 2003 ist die Wirtschaft an der Saar sogar um 6,1 % gewachsen. In keinem anderen Bundesland ist derzeit die wirtschaftliche Dynamik so hoch wie in diesem kleinsten Flächenland, das seit 1999 von der CDU regiert wird.



Peter Müller

Auch im Bestands-Ranking konnte sich das von Ministerpräsident Müller regierte Land in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessern und um zwei Plätze nach oben arbeiten – vom achten auf den sechsten Rang, vorbei an Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Klaus Methfessel, stellvertretender Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ sprach von „einer souveränen Spitzenstellung“ des Landes und betonte: „Der zweimalige Sieg innerhalb von nur vier Jahren ist ein augenscheinlicher Beleg dafür, dass das Saarland im Strukturwandel von einer krisenanfälligen Montanregion hin zum leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsstandort schon

sehr große Fortschritte erzielt hat.“

Viele Faktoren belegen diesen Trend: Kaufkraft und Pro-Kopf-Einkommen der rund eine Millionen Einwohner sind spürbar angestiegen. Beim Produktivitätszuwachs liegt das Saarland bundesweit an der Spitze. Neben der boomenden Stahl- und Automobil-Industrie verdankt das Land seine wirtschaftliche Dynamik der guten Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Mit einer Innovationsstrategie hat die Landesregierung die Entwicklung neuer Zukunftstechnologien unterstützt. Allein im Informatikbereich beträgt der Arbeitsplatzzuwachs rund 40 Prozent, während er bundesweit stagniert. So hat die Regierung die Ausgaben für Wissenschaft stark gesteigert und das Investitionsklima spürbar verbessert. Mit Erfolg: Die Zahl der Patentanmeldungen ist deutlich angestiegen und auch die Zahl der neu gegründeten kleinen Unternehmen hat zugenommen. Vor allem aber: In keinem anderen Bundesland – so die Studie – sind die Betriebe so zufrieden

mit der Service-Orientierung, Entbürokratisierung und Wirtschaftsnähe der Verwaltung wie an der Saar.

Ministerpräsident Peter Müller ist stolz auf sein Bundesland: „Dies ist ein gemeinsamer Erfolg der Unternehmen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Politik im Saarland. Das Saarland ist

auf dem richtigen Weg, den schwierigen Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Spitzenplätze beim Wirtschaftswachstum, bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und beim Abbau der Arbeitslosigkeit belegen dies. Zudem ist das Saarland das Land der kurzen Wege, der schnellen Entscheidungen und einer schlanken,

entbürokratisierten Verwaltung. Wir werden alles daran setzen, dass sich unser Land auch in den kommenden Jahren weiter kontinuierlich nach oben arbeitet.“

http://www.insm.de/Interaktiv/Inhalte/Bundeslaenderranking_2006.html



Sachsen

Auf Erreichtes stolz sein – aber nicht zufrieden geben!

Wir können stolz auf die Erfolge der vergangenen 16 Jahre sein. Aber wir dürfen uns mit ihnen nicht zufrieden geben. Wir brauchen einen neuen Schwung für den Aufbau Ost. Die Forderung nach mehr Geduld von Aufbau Ost Minister Tiefensee kann ich nicht teilen.

Nur wenn die ostdeutsche Wirtschaft schneller wächst als die im Westen können wir aufschließen. Wer aufholen will muss vorne laufen.

Doch die Wachstumsraten sprechen eine andere Sprache: Im Jahr 2004 wuchs die Wirtschaft im Westen um 1,8 Prozent und



Michael Kretschmer

im Osten um 1,6 Prozent. Die Schere geht also auseinander und nicht zusammen. Allein Sachsen konnte mit einer Quote von 2,2 Prozent aufholen.

Minister Tiefensee sieht zwar etwas frischer als sein Vorgänger Manfred Stolpe

aus, neue Ideen hat er indes nicht.

Der Vergleich mit den osteuropäischen Ländern zeigt, wo die neuen Länder stehen. Das Wachstum des BIP betrug im Jahr 2004 in Polen 5,3 Prozent und in Tschechien 4 Prozent. Im ersten Quartal 2006 lagen nur Thüringen mit 2,5 Prozent und Sachsen mit 3,8 Prozent über dem deutschen Durchschnitt von 2,0 Prozent.

Mehr Freiheit

An Osteuropa sehen wir, welche Quoten wir brauchen. Wir brauchen nicht

mehr Geld, sondern mehr Freiheit für den Aufbau Ost. Das bedeutet, gleiche Chancen wie in unseren östlichen Nachbarländern. Darüber muss die Bundesregierung nachdenken. Doch Herr Tiefensee verschließt sich Diskussionen über Kombilohnmodelle oder über Abweichungsregelungen für Ostdeutschland vom Bundesrecht. Wir werden mit den heutigen Instrumenten nicht zu Westdeutschland aufschließen. Wir brauchen Standortvorteile.

An Wachstumspotentialen statt an Postleitzahlen orientieren

Viel zu kurz greift auch die von Herrn Tiefensee geforderte Neuorganisation des Aufbau Ost durch eine Konzentration auf Wachstumskerne. Der Minister beauftragt sich immer wieder auf die erfolgreiche sächsische Politik. Doch er hat sie leider nur zum Teil verstanden. Die Planwirtschaft ist vorbei und sollte auch im Bundesverkehrsministerium nicht wiederkehren.

Wirtschaftsförderung muss sich an Wachstumspotentialen orientieren und nicht an Postleitzahlen. Wir haben in Sachsen ein höhe-

res Wachstum aufgrund großer Schlüsselunternehmen und einer Vielzahl kleinerer Mittelständler, die wachsen und deren Exportquoten beharrlich steigen. Es ist fahrlässig, nur auf einige wenige Kerne zu setzen. Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt, der Erfolg liegt bei den innovativen Mittelständlern. Und die befinden sich in der Fläche.

Planungssicherheit

Unternehmen wählen ihren Investitionsort ohne die Politik aus. Finanzielle Förderungen erhalten sie, wenn die Investition wirtschaftlich, zukunftsfähig und tendenziell weiter wachsend erscheint, egal in welchem Teil der neuen Bundesländer sie erfolgen soll. Wir dürfen nicht anfangen, die Investoren, die in die schwachen Gebiete gehen wollen, davon abzuhalten. Will Tiefensee wirklich diese schwächeren Regionen Ostdeutschlands zu einer „no-go area“ für Investoren machen?

Wolfgang Tiefensee ist offenbar mit der Aufgabe, den Aufbau Ost zu koordinieren, überfordert. Es wäre besser, wenn er sich im Bereich von Verkehrsinvestitionen für die Neuen Län-

der engagieren würde. Hier kann der Minister direkt handeln. Doch statt Prioritätensetzung für Projekte im Osten werden immer mehr baureife Projekte in die Warteschleife verbannt. Die Äußerungen des Verkehrsministers verängstigen die Menschen. Das ist ein großer Fehler. Um den demografischen Wandel zu gestalten, brauchen wir Vertrauen und Zuversicht.

Ziel der Politik der Sächsischen Union ist eine positive Entwicklung in allen Regionen des Freistaates. Wir wollen, dass alle Sachsen vom Aufschwung profitieren. Dazu sind unterschiedliche Mittel nötig, aber wir werden alle Teile des Freistaates mitnehmen.

Michael Kretschmer ist der Generalsekretär der Sächsischen Union.

VORANKÜNDIGUNG

Chat mit Ronald Pofalla

Generalsekretär Ronald Pofalla wird voraussichtlich am 17. Oktober von 18.30 Uhr bis 19.30 Uhr für einen Chat im Mitgliedernetz unter www.cdu-net.de zur Verfügung stehen. Das Generalthema des Chats wird das Grundgesetzprogramm sein.

Islam ist ein Teil unseres Landes

Ganz im Zeichen des Dialogs mit dem Islam stand die Regierungserklärung im Deutschen Bundestag von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble einen Tag nach Eröffnung der Deutschen Islam-Konferenz (DIK).

„Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas. Der Islam ist Teil unserer Gegenwart und unserer Zukunft“, sagte Schäuble. Es beginne jetzt ein langfristiger Dialogprozess zwischen den staatlichen Institutionen und allen wichtigen Stimmen der mehr als 3,2 Millionen Muslime in Deutschland. Bei der Auftaktveranstaltung der DIK habe es intensive Diskussionen und eine offene Aussprache gegeben. „Es wird ein steiniger Weg sein, für die Muslime und für den Staat“, erklärte Schäuble.

Die Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler wies auf den gemeinsamen Wertekanon unseres Landes hin. „Wer in Deutschland lebt, muss die Werte und Normen annehmen. Dies ist eine Bringschuld aller Menschen, die hier leben wollen“, sagte Köhler. Alle verfassungstreuen muslimischen Strömungen sollen in



Wolfgang Schäuble

die Lage versetzt werden, ihre Religion „frei von Resentiments und frei von extremistischer Beeinflussung leben zu können“. Die Integration bestimmter muslimischer Gruppen sei nur möglich, wenn diese sich vom absoluten Geltungsanspruch der islamischen Pflichtenlehre verabschieden. „Im Konfliktfall gilt in Deutschland das Grundgesetz – und nicht die Scharia“, stellte die Innenpolitikerin klar.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, lobte die Islamkonferenz als einen „vollen Erfolg“. Das Recht zur freien Religionsausübung in Artikel 4 des Grundgesetzes gelte nicht grenzenlos, es finde seine Grenze in den unveräußerlichen Menschenrechten, er

läuterte Uhl. Blicke man in die Welt, stelle man fest, dass Religionsfriede und Religionsfreiheit nichts Selbstverständliches sei, unterstrich Uhl.

Die DIK soll zu einer Übereinkunft zwischen der deutschen Gesellschaft und der muslimischen Bevölkerung Deutschlands führen. Beide Seiten sollen sich einvernehmlich zur Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze verpflichten. Im Vordergrund steht die verbindliche Beachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jeder, der in Deutschland lebt, muss die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik akzeptieren und respektieren.

Die DIK wird aus 30 ständigen Teilnehmern bestehen, davon 15 Vertreter des deutschen Staates und 15 Vertreter in Deutschland lebender Muslime. Von muslimischer Seite sind die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, der Zentralrat der Muslime in Deutschland, der Islamrat, der Verband der islamischen Kulturzentren sowie die Alevitische Gemeinde Deutschlands eingeladen. Da jedoch nur 10–15% der musli-

mischen Bevölkerung in Deutschland in islamischen Organisationen eingebunden sind, sind auch Vertreter eines modernen, säkularen Islams aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur eingeladen. „Wir wollen alle in Deutschland lebenden Muslime ihrer Vielfalt angemessen in den Verhandlungsprozess einbinden“, sagte dazu der Bundesinnenminister im Rahmen der Konferenz.

Die Diskussion wird in drei Arbeitsgruppen fortgesetzt: 1. Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens, 2. Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis, 3. Wirtschaft und Medien als Brücke. In dem beigeordneten Gesprächskreis „Sicherheit und Islamismus“ werden zusätzlich Fragen der inneren Sicherheit, islamistischer Be-



Kristina Köhler

strebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie der Prävention islamistischer Gewalttaten erörtert. Die Deutsche Islam Konferenz zielt unter anderem auf eine einvernehmliche Regelung der Fragen des täglichen Zusammenlebens. Als Ergebnis des Gesprächsprozesses wird eine Übereinkunft zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und der muslimischen Be-



Hans-Peter Uhl

völkerung Deutschlands angestrebt, in der sich beide Seiten zur Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze verpflichten. „Hierbei steht insbesondere die verbindliche Beachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Vordergrund. Jeder, der in Deutschland lebt muss unsere Verfassungs- und Rechtsordnung akzeptieren und respektieren“, so Bundesminister Schäuble.

PRAXISTIPP ZUR GRUNDSATZPROGRAMM-ARBEIT

Aufgrund der großen Nachfrage aus den CDU-Verbänden nach dem Generationen-Motiv der Grundsatzprogramm-Diskussion hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Nutzungsrahmen des Bildes erweitert. In Zukunft können alle CDU-Verbände das Bild für parteigebundene Zwecke kostenlos mitnutzen. Das Bild kann in einer druckfähigen Auflösung im CDU-Mitgliedernetz unter **www.cdunet.de** heruntergeladen werden. Ebenfalls im CDUnet, unter Infos & Materialien/Materialien/Kampagnen finden Sie das



neue Motiv für die Mitgliederwerbekampagne zum Download im tiff- und im eps-Format zur weiteren Nutzung vor Ort. Achtung, durch die hohe Auflösung der Bilder für einen druckfähigen Download kann die Bildschirmansicht im CDUnet verzerrt oder unvollständig wirken.

Ilse Falk

Einführung des Elterngeldes beschlossen

Mit der Verabschiedung des Elterngeldgesetzes trägt die Regierungskoalition den veränderten Lebensentwürfen junger Familien Rechnung.

Gerade die Lebensplanung junger Frauen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Heute gehen sie mehrheitlich nicht mehr sehr jung in die Ehe, um dann ganz für die Familie da zu sein, sondern durchlaufen eine ebenso gute Ausbildung wie die Männer, starten in den Beruf und entscheiden sich – meist mit Ende Zwanzig oder Anfang Dreißig – für oder eben gegen Kinder. Für die meisten jungen Frauen ist es keine Frage mehr, ob sie erwerbstätig sein wollen, sondern, ob sie trotz Erwerbstätigkeit Kinder bekommen.

Dreiklang

Um jungen Familien die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, brauchen wir einen abgestimmten Dreiklang aus qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten, einer familienbewussten Arbeitswelt und



Ilse Falk

gezielter finanzieller Förderung von Familien in unterschiedlichen Lebensphasen. Hier setzt das Elterngeld an:

Es gibt eine Antwort auf den Wunsch der allermeisten Eltern, die erste Zeit im Leben ihres Kindes in der Familie bleiben zu können, und federt den Einkommenseinbruch ab, wenn sich Eltern entschließen, eben dafür ihre Erwerbsarbeit zu unterbrechen oder einzuschränken. Der betreuende Elternteil, der seine Erwerbsarbeit ganz oder teilweise reduziert, erhält einen an seinem individuellen Einkommen orientierten Ausgleich in Höhe von 67 Prozent des wegfallenden Erwerbseinkommens, maximal 1.800 Euro monatlich. Das Elterngeld wird 12

Monate gezahlt, zwei weitere Monate kommen hinzu, wenn sich der jeweils andere Partner entschließt, in dieser Zeit die Betreuung zu übernehmen. Ein „Geschwisterbonus“ in Höhe von 10 Prozent, mindestens 75 Euro, wird gewährt, wenn in einem Haushalt zwei Kinder unter drei Jahren oder drei Kinder unter sechs Jahren leben.

Sockelbetrag

Auf Drängen der Union erhalten auch Alleinverdiener-Familien, in denen ein Partner seine Erwerbsarbeit schon vor der Geburt des Kindes zugunsten der Familienarbeit aufgegeben hat, einen Sockelbetrag in Höhe von 300 Euro. Das unterstreicht, dass der Union alle Lebensentwürfe mit Kindern gleich wichtig sind und jede von den Eltern jeweils gewählte Form des Miteinander-Lebens und Füreinander-Sorgens geschätzt und ernst genommen wird.

Ilse Falk ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

EU-Erweiterung

Bulgarien und Rumänien auf der Zielgeraden – aber noch nicht am Ziel

Anlässlich der Veröffentlichung des Monitoring-Berichts der EU-Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens erklärten der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union der Bundestagsfraktion, Michael Stübgen, und der Obmann der Arbeitsgruppe, Gunther Krichbaum:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würdigt, dass Rumänien und Bulgarien auf ihrem Weg in die Europäische Union deutliche Fortschritte gemacht haben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigt sich allerdings besorgt, dass die EU-Kommission in ihrem Bericht neben den Fortschritten noch zum Teil erhebliche Defizite benennt. Der neue Bericht der EU-Kommission identifiziert Defizite im Justizwesen und bei der Korruptionsbekämpfung, bei den Agrarfonds und der Auszahlung von Agrarausgaben für Bulgari-



Andreas Schockenhoff



Michael Stübgen

en und Rumänien, bei der Lebensmittelsicherheit und im Bereich der Flugsicherheit. Besondere Sorgen bereitet uns dabei, dass Bulgarien in dem sensiblen Bereich der inneren Sicherheit noch erhebliche Defizite aufweist (insbesondere Korruption, Justizreform, Geldwäsche).

Wir ermutigen beide Länder ausdrücklich, ihre Reformanstrengungen nicht nur fortzusetzen, sondern zu verstärken, um so schnell wie möglich die Defizite zu beseitigen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann eine Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit Rumänien und Bulgarien nur empfehlen, wenn für die Beseitigung

der noch bestehenden Defizite ein konkreter Fahrplan vereinbart und konkrete Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um negative Auswirkungen auf das Funktionieren der Europäischen Union zu vermeiden.

Sollten die von der Kommission genannten Defizite nicht bis zum 1.1.2007 beseitigt sein, hält die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Schutzmaßnahmen für erforderlich: 1. Im Bereich der inneren Sicherheit ist für die Beseitigung der Defizite eine Fortsetzung der Kontrolle durch Monitoring-Berichte unverzichtbar. Dies betrifft diejenigen Bereiche, in denen aus Sicht der Kommission – wie im Falle Rumäniens –

noch eine Konsolidierung erforderlich ist bzw. – wie im Falle Bulgariens – noch erhebliche Defizite beseitigt werden müssen. Dafür muss von der EU-Kommission klar vorgegeben werden, welche konkreten Aufgaben von den Ländern zu erfüllen sind und in welchen Schritten und nach welchem zeitlichen Rahmen dies zu geschehen hat. Das Monitoring-Verfahren muss so lange beibehalten werden, bis alle Verpflichtungen erfüllt sind. Sollten die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt werden, müssen bereits zum Beitrittstermin Schutzmaßnahmen wie die Nichtanerkennung von



Gunther Krichbaum

Strafurteilen oder die Nichtauslieferung deutscher Staatsangehöriger wirken. **2.** EU-Gelder müssen einbehalten oder reduziert werden, wenn in Rumänien und Bulgarien im Agrarbereich nicht ein voll funktionsfähiges Verwaltungs-

und Kontrollsystem für eine korrekte Abwicklung von Zahlungen vorhanden ist. **3.** Es sind gegenüber Rumänien und Bulgarien Maßnahmen erforderlich, die verhindern, dass zur Beseitigung vorgesehene tierische Erzeugnisse in die Nahrungs- und Futtermittelkette gelangen. **4.** Das Ausfuhrverbot für Schweinefleisch ist für Bulgarien und Rumänien aufrecht zu erhalten, bis das Schweinefleisch vollständig unter Kontrolle ist. Mit Blick auf den Ratifizierungsprozess erwartet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass diese Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Senioren-Union

Verfassungsklage gegen Altersdiskriminierung

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands will die so genannten „berufsbegleitenden“ Höchstaltersgrenzen verfassungsrechtlich überprüfen lassen. Das kündigte ihr Bundesvorsitzender Otto Wulff bei der Vorlage eines 160-seitigen Verfassungsgutachtens durch

den Verfassungsrechtler Prof. Dr. Thomas Mann an.

Der SU-Vorsitzende begründete den Schritt vor das Bundesverfassungsgericht damit, dass „die letzte höchstgerichtliche Entscheidung zu dem Thema aus dem Jahre 1959“ stamme. Diese Entscheidung sei aber „nicht nur angesichts der

demographischen Entwicklung, sondern auch aufgrund vieler völkerrechtlicher Verträge zum Schutz des Alters und bindender Vorgaben zum Verbot der Altersdiskriminierung im Europarecht völlig überholt“, so Wulff. Da die Senioren-Union selbst nicht klageberechtigt sei, werde ei-

nes ihrer Mitglieder mit Unterstützung der CDU-Seniorenorganisation in Karlsruhe klagen.

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Thomas Mann (Georg-August-Universität Göttingen) erläuterte in der Pressekonferenz zentrale Thesen seines Gutachtens. Unter anderem erklärte Prof. Mann: „1. Die Verfassungsmäßigkeit berufsbeendender Höchstaltersgrenzen im Recht scheint seit Jahrzehnten geklärt. Bereits 1959 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Leistungsfähigkeit eines Menschen im Alter nach allgemeiner Lebenserfahrung nachlasse, weshalb es nicht zu beanstanden sei, wenn der Gesetzgeber ein Lebensalter festlege, ab dessen Erreichen die Fortführung einer beruflichen Tätigkeit zu untersagen sei, um Gefahren für die Allgemeinheit abzuwenden. Urteile jüngerer Datums verweisen nicht selten auf diese Entscheidung, ohne sich erneut mit der Zulässigkeit berufsbeendender Altersgrenzen vertieft auseinanderzusetzen. Nach nun beinahe 50 Jahren haben sich jedoch die tatsächlichen und rechtlichen Vorgaben deutlich geändert. Der Mensch wird heute nicht nur älter, sondern er ist im



Verfassungsrechtler Thomas Mann und der Vorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff

Alter auch leistungsfähiger als es die Gleichaltrigen noch Ende der fünfziger Jahre gewesen sind. Die Nutzung des Arbeitspotentials älterer Menschen wird – so belegen es Studien – aufgrund des Bevölkerungsschwunds sogar schon bald ökonomisch notwendig sein. 2. Weit bedeutsamer ist jedoch, dass der Schutz des Alters weltweit aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist. Völkerrechtliche Verträge proklamieren seit Jahrzehnten den Schutz des Alters. Zudem genießt das Verbot, Menschen allein aufgrund ihres Lebensalters zu benachteiligen, in vielen Staaten bereits Verfassungsrang. Gerade auch das Europarecht drängt massiv auf einen stärkeren Schutz der Rechte Älterer und stellt bindende Vorgaben zum Verbot der Altersdiskrimi-

nierung auf. 3. Das deutsche Verfassungsrecht hinkt dieser Entwicklung weit hinterher. Es kennt weder ein ausdrückliches Verbot der Altersdiskriminierung, noch wird auf ein solches hingewirkt. Eine Analyse der einschlägigen Judikatur zeigt auf, dass die verfassungsrechtliche Beurteilung starrer Höchstaltersgrenzen heutzutage nicht mehr durch schlichten Verweis auf die Leitentscheidung von 1959 erfolgen kann, da die verfassungsrechtliche Dogmatik sowohl mit Blick auf das allgemeine Gleichheitsgebot als auch in Ansehung des Grundrechts der Berufsfreiheit zwischenzeitlich wesentlich verfeinert worden ist. Die Rechtsprechung, die den rigiden Höchstaltersgrenzen bislang eine Verfassungsmäßigkeit attestiert, muss korrigiert werden.“

Arbeitslosigkeit sinkt weiter

Im Vergleich zum Vorjahr gab es im September 2006 über 400.000 Arbeitslose weniger; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um fast 200.000 auf nun 26,28 Millionen gestiegen; die offenen Stellen haben im Vergleich zum Vorjahr um 105.000 zugenommen. Das ist schon eine Erfolgsgeschichte!

Wichtig bei diesen Zahlen ist vor allem, dass die gute Entwicklung nicht nur konjunkturell bedingt ist, sondern auch auf der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sowie einer immer effektiver werdenden Arbeit in den Arbeitsagenturen beruht.

Die guten Nachrichten bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen beruhen überwiegend auf der positiven Entwicklung im Bereich SGB III (Arbeitslosengeld). Im Bereich SGB II (Arbeitslosengeld II) kann man noch nicht zufrieden sein. 65 Prozent der Arbeitslosen werden im Rechtskreis SGB II betreut, nur 35 Prozent in den Arbeitsagenturen nach SGB III. Von den Arbeitslosen im Bereich SGB III (Ar-



Ralf Brauksiepe

beitslosengeld) konnten im Zeitraum August 2005 bis Juli 2006 1,7 Millionen ihren Leistungsbezug durch Aufnahme einer Beschäftigung beenden. Arbeitsaufnahme ist damit zu 48 Prozent der Grund für das Verlassen der Arbeitslosigkeit bei Empfängern von Arbeitslosengeld.

Die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Bezieher ist dagegen gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf nun 5,2 Millionen gestiegen. Hier sind weitere Anstrengungen nötig.

Ralf Brauksiepe ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Keine Entwarnung bei Hartz IV

Trotz des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosenzahlen gibt es keine Ent-



Steffen Kampeter

warnung bei den Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit im Bereich Hartz IV.

In diesem Jahr sind Mehrausgaben von ca. drei Mrd. Euro für das Arbeitslosengeld II und die Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten für Langzeitarbeitslose zu erwarten. Darauf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits Anfang April hingewiesen. Einsparungen bei den Eingliederungsmitteln hier gegenzurechnen, ist fatal. Dies weist nur darauf hin, dass die Förderung der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsgemeinschaften noch nicht funktioniert. Der Bund muss seine Interessen deutlich stärker wahrnehmen und mehr Einfluss auf die Arbeitsgemeinschaften ausüben, damit die Vermittlungsleistungen besser werden und die Ausgaben beim Arbeitslosengeld II sinken. Alle Arbeitsgemeinschaften

müssen das Controllingsystem und die Mindeststandards der Bundesagentur für Arbeit akzeptieren. Leider tut dies bisher erst etwa die Hälfte der Arbeitsgemeinschaften.

Die Bundesbank hat jüngst festgestellt, dass die Einführung des Arbeitslosengeldes II zu einer Ausweitung der Zahl der Leistungsempfänger geführt hat, und zwar um Personen, die zuvor keine Leistungsansprüche besaßen oder sie nicht geltend gemacht hatten. Das neue System hat offenbar „angelockt.“ Noch in diesem Jahr werden wir gemeinsam mit der SPD Vorschläge erarbeiten, wie mehr Gerechtigkeit bei Hartz IV hergestellt werden kann. Diese Gerechtigkeitslücke in der Arbeitsmarktpolitik, Mittel nach der Gießkanne auch für die zu verteilen, die eigentlich gar nicht bedürftig sind, muss beseitigt werden.

Steffen Kampeter ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Fehlernährung umfassend bekämpfen

Die veröffentlichten Zahlen der Robert-Koch-Studie über die Ernährungssituation junger Menschen



Julia Klöckner

sowie über die Zunahme allergischer Erkrankungen zeigen, wie brisant das Thema Übergewicht und Fehlernährung bei Kindern in Deutschland nach wie vor ist.

Laut der Studie leidet jedes zehnte Kind in Deutschland an Übergewicht. Die Zahlen untermauern ein bekanntes Problem, welches auch wieder im Bundestag mit dem von Unionsseite initiierten Antrag, „Sport und Bewegung in Deutschland umfassend fördern – Bewusstsein für gesunde Lebensweise stärken“, behandelt und wirksam angegangen wird.

Gründe für Übergewicht gibt es viele: Fehlernährung und Bewegungsmangel sind zwei wichtige Auslöser für Übergewicht bei Kindern, aber auch Veranlagung sowie soziales Umfeld spielen eine entscheidende Rolle. Essverhalten wird in



Ursula Heinen

der Erziehung geprägt. Leider wird hier nicht immer eine richtige Ernährung vorgelebt. Umso wichtiger ist daher eine ergänzende Ernährungserziehung in Kindergarten und Schule. Die Bundesregierung unterstützt mit der Initiative „Plattform für Ernährung und Bewegung“ (PEB) und der Kampagne „Besser essen. Mehr bewegen“ gute und sinnvolle Ansätze, um auf die Problematik von Über- und Untergewicht sowie Adipositas bei Kindern und Jugendlichen hinzuweisen und Hilfestellung zu geben.

Fehlernährung impliziert nicht nur den Aspekt Übergewicht. Auch Mangel- und Unterernährung gehören ins Blickfeld. Die Zahl unterernährter Kinder und Jugendlicher hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen und sich zu einem gesamtgesellschaft-

lichen Problem entwickelt. Insbesondere junge Mädchen leiden unter Magersucht. Falsch verstandene Schönheitsideale und Schlankheitswahn sind sogar lebensgefährlich. Ein richtiges Signal aus der Modbranche kam mit dem „Madri der Modell“: Unter gewichtige Models mit einem Body-Mass-Index unter 18 dürfen hier nicht mehr auf den Laufstege. Modewelt wie Medien müssen hier ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung insbesondere für Heranwachsende wahrnehmen.

Auch auf die in der Robert-Koch-Studie beschriebene Problematik wachsender Allergien reagiert die Bundesregierung. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz arbeitet an einem Nationalen Allergieplan, um Ursachen und Folgen von Allergien, unter denen eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern leiden, zu begegnen.

Julia Klöckner ist die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ursula Heinen** ist die stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kampf gegen Doping verstärken

Sport, Sachverständige und Politiker waren sich nach der Anhörung „Doping“ im Sportausschuss des Deutschen Bundestages einig: Der Sport muss seine Anstrengungen im Kampf gegen Doping national und international verstärken.

Das sofortige mehrjährige Startverbot bis zu 4 Jahren nach dem Grundsatz der „strict liability“ kommt einem Berufsverbot gleich und ist die schärfste Waffe im Kampf gegen Doping. Kontrollsystem, Kontrolldichte und Sanktionen müssen ausgebaut und international harmonisiert werden. Umstritten war und bleibt, den Besitz von Dopingsubstanzen bei Sportlern unter Strafe zu stellen. Die immer wiederholte Behauptung, in anderen europäischen Ländern sei der Besitz von Dopingmitteln explizit bei Sportlern unter Strafe gestellt, wurde eindeutig widerlegt. Dennoch sollte geprüft werden, ob ein Besitzstraftatbestand den Kampf gegen Doping fördere oder, wie von Sachverständigen überzeugend dargelegt, dem Sport die schärfste Waffe der sofortigen Wettkampfsperre entziehen würde. Die verfas-

sungsrechtlichen Bedenken gegen die Besitzstrafbarkeit und den Straftatbestand „Sportbetrug“ konnten nicht ausgeräumt werden. Nach dieser Anhörung dürfte die Einführung eines Straftatbestandes „Sportbetrug“ jedoch endgültig vom Tisch sein.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will keine Gesetzessymbolik; sie wird vorhandene gesetzliche Regelungen überprüfen und verschärfen, wenn dies dem Sport im Kampf gegen Doping hilft.

Vorschläge der Sportministerkonferenz, der Rechtskommission des deutschen Sportes und des Bundesinnenministeriums liegen vor.

Die Sportpolitiker von CDU/CSU und SPD haben sich auf ein Bündel von Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung des Dopings verständigt:

- Änderungen gesetzlicher Regelungen im BGB, ZPO und ArbGG, um die Eigenverantwortung und Schiedsgerichtsbarkeit der Sportverbände zu stärken;

- Kennzeichnungspflicht für dopingrelevante Arzneimittel oder Arzneimittelgruppen im Sinne des Arzneimittelgesetzes;

- Einschränkung des freien Warenverkehrs für Medikamente, die als Dopingmittel

eingestuft sind, durch Ergänzung des AMG;

■ Unverzügliche Prüfung, ob anabole Steroide im Sinne des Betäubungsmittelgesetzes als suchtfähig anzusehen sind;

■ Erarbeitung eines Gesetzentwurfes, um die Strafbarkeit des bandenmäßigen und gewerbsmäßigen Inverkehrbringens von Dopingsubstanzen zu verschärfen und als Katalogstraftat dem § 100 STPO anzufügen;

■ Prüfung, inwieweit Doping durch Gen-Manipulation im Sport möglich ist und wie Manipulationen erkannt und unterbunden werden können;

■ Schnellstmögliche Ratifizierung der am 19. Oktober 2005 durch die Generalkonferenz der UNESCO verabschiedeten Internationalen Konvention gegen Doping im Sport.

Darüber hinaus wird den Ländern vorgeschlagen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften einzurichten, um die erkennbaren Vollzugsdefizite zu beheben, präventive Maßnahmen durch Aufklärung und Informationen zu verstärken, zu prüfen, inwieweit Fitnessstudios und ähnliche Betriebe durch eine Regelüberwachung durch Polizei und Ordnungsbehörden kontrolliert werden können und



Klaus Riegert

die NADA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben finanziell zu unterstützen.

Wir sollten diese Vorschläge zur wirksamen und effektiven Bekämpfung des Dopings zügig in das parlamentarische Verfahren einbringen.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Fraktionssprecher.

Beteiligung des Bundestages fördert Transparenz und Akzeptanz von EU-Vorhaben

Die unterzeichnete Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesregierung in EU-Angelegenheiten stärkt die Beteiligungsrechte des Bundestages in der Europapolitik. Erstmals werden die Abgeordneten künftig umfas-

send über die Tätigkeit der Bundesregierung im Ministerrat unterrichtet.

Die Bundesregierung muss in Brüssel einen Parlamentsvorbehalt einlegen, wenn ein Beschluss des Bundestages in einem seiner wesentlichen Belange dort nicht durchsetzbar ist, und sich um Einvernehmen mit dem Bundestag bemühen. Zudem muss die Bundesregierung künftig Rechenschaft darüber ablegen, inwieweit sie Stellungnahmen des Bundestages, die sie zur Grundlage ihrer Verhandlungen im Ministerrat machen muss, tatsächlich durchsetzen konnte.

Ziel dieser Zusammenarbeitvereinbarung ist es, die Entscheidungen der Bundesregierung in Ratsverhandlungen transparenter zu machen und die Akzeptanz von EU-Vorhaben in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Dazu muss der Bundestag seine Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung wahrnehmen und das Forum des Parlaments noch besser nutzen, um Europapolitik zum Gegenstand öffentlicher Debatten in Deutschland zu machen.

Wir werden sehr genau darauf achten, dass die Bundesregierung alles daran setzt, Stellungnahmen des Bundestages bei ihren Ver-



Michael Stübgen



Thomas Silberhorn

handlungen am Ratstisch umzusetzen. Die einvernehmliche Ablehnung der Errichtung einer europäischen Grundrechtsagentur im federführenden Europa-Ausschuss des Bundestages ist ein erster Testfall für die Wirksamkeit der neuen Vereinbarung.

Der Bundestag muss seine Arbeitsweise in EU-Angelegenheiten auch selbst grundlegend ändern. Noch aufmerksamer als bisher müssen wir uns mit Weiß- und Grünbüchern, Jahresarbeitsprogrammen und Legislativplänen der Kommission befassen, um schon im Vorfeld neuer Rechtsetzungsvorschläge gestaltend Einfluss nehmen zu können. Bei Rechtssetzungsvorhaben der EU wie Verordnungen und Richtlinien müssen wir zu einer Beratungsform finden, wie wir sie auch bei nationalen Gesetzgebungsverfahren praktizieren. Die

Berichterstatte der zuständigen Bundestagsausschüsse müssen die Gelegenheit erhalten, gemeinsam mit den Ministerialbeamten, die für die Bundesregierung in Brüssel verhandeln, die Verhandlungspositionen der Bundesregierung mit zu gestalten. Es wäre eine sinnvolle Aufgabe für die Parlamentarischen Staatssekretäre, solche Berichterstattegespräche zu organisieren.

Michael Stübgen ist der europapolitische Fraktionssprecher, **Thomas Silberhorn** ist der europapolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

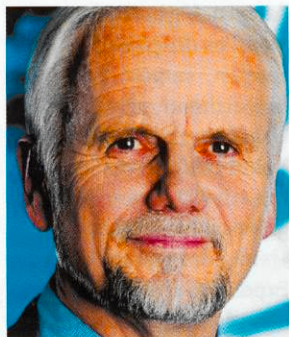
Urheberrecht – Kreativität gerecht sichern

Deutschland als Kulturnation kann nur dann seinem

Anspruch gerecht werden, wenn es die geistigen Leistungen seiner Kreativen hinreichend schützt. Das Urheberrecht soll auch in Zukunft sicherstellen, dass Kreativität ihrem Wert angemessen entlohnt wird.

Im besonderen Fokus der Expertenanhörung anlässlich eines von den Koalitionsarbeitsgruppen Kultur und Medien durchgeführten Expertengesprächs zur Urheberrechtsnovelle stand daher die Neustrukturierung der Vergütungsregelungen. Hier gab es keine Annäherung zwischen den Betroffenen. Während die Verwertungsgesellschaften mit hohen Einnameverlusten rechnen, befürchten die Geräte- und Speichermedienhersteller eine übermäßige Verteuerung ihrer Produkte durch die Urheberrechtsabgabe. Daher wurde von einigen Experten der Vorschlag begrüßt, die Vergütungssätze weiterhin staatlicherseits festlegen zu lassen.

Im digitalen Zeitalter ist das Urheberrecht besonderen Gefahren ausgesetzt. Wie dramatisch die Entwicklung in den letzten Jahren fortgeschritten ist, zeigt das Verhältnis zwischen mit Musik bespielten Rohlingen und verkauften CD-Alben. 439 Millionen mit Musik bespiel-



Wolfgang Börnsen



Günter Krings



Laurenz Meyer

te Rohlinge gab es im Jahr 2005. Dem standen 123,7 Millionen verkaufte CD-Alben gegenüber. Mehr als dreimal so hoch liegt damit inzwischen der Anteil der Musikkopien gegenüber den Originalen. Fünf Jahre zuvor hingegen zeigte sich noch ein ganz anderes Bild. 195,1 Millionen CD-Alben wurden im Jahr 2000 verkauft, wobei die Stückzahl der Rohlinge, die mit Musik bespielt wurden, mit 133 Millionen deutlich darunter lag.

Aus diesen Zahlen ist keineswegs die Schlussfolgerung zu ziehen, die Privatkopie gänzlich abzuschaffen, aber man wird sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren mit der Frage beschäftigen müssen, wie man den Missstand der Privatkopie etwa durch so genannte intelligente Aufnahmetechniken eindämmen kann.

Der Schutz des Urheberrechts muss aber auch im

Bewusstsein der Menschen verankert werden. Daher wurde die Aufgabe der Bagatellklausel in dem Gesetzentwurf von allen Experten begrüßt. Im anderen Fall wäre ein falsches Signal pro Raubkopien gesetzt worden.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) ist der kulturpolitische Fraktionssprecher, **Günter Krings** ist der zuständige Berichterstatter im Ausschuss für Kultur und Medien.

■ Änderung am Arbeitsmarkt sichtbar

Mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote um über 1 Prozent von 11,2 auf jetzt 10,1 Prozent seit der Bundestagswahl wird schon in Kürze auch die 10-Prozentquote erstmals seit langer Zeit wieder unterschritten werden. Dies

ist für die jetzige Bundesregierung ein deutlicher Erfolg.

Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse und ein wachsendes Angebot an offenen Stellen verstetigen den Aufschwung am Arbeitsmarkt und schaffen Vertrauen bei den Bürgern und Unternehmen. Es ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, den harten Kern der Langzeitarbeitslosen aufzubrechen und zusätzliche Anreize durch wirkungsvolle Kombilöhne für die zu schaffen, die sonst auch bei verbesserter Lage auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben. Durch Kombination von produktivitätsorientierten Löhnen und staatlichen Transferleistungen muss ein Mindesteinkommen für die Betroffenen sichergestellt werden.

Laurenz Meyer ist der wirtschaftspolitische Fraktionssprecher.

60 JAHRE CDU

Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**

Preis je **25 Stück: 12,25 €**

inkl. MwSt.: 13,11 €



„60 Jahre CDU“ – Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung

Bestell-Nummer: **5246**

Preis je 50 Stück: **16,50 €**

inkl. MwSt.: 17,66 €



Medaille „60 Jahre CDU“

Den entsprechenden Bestellschein finden Sie
im Mitgliedernetz unter www.cdunet.de.



60 JAHRE CDU



Streichhölzer „60 Jahre CDU“
Schachtel-Set mit 20 verschiedenen
Plakatemotiven

Bestell-Nummer: **9205**
 Preis je **100 Stück: 8,50 €**
 inkl. MwSt.: 9,86 €



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**
 Preis je **100 Stück: 64,50 €**
 inkl. MwSt.: 74,82 €



Postkarten-Set „60 Jahre CDU“
5 verschiedene Motive (1 Set)

Bestell-Nummer: **9206**
 Preis je **25 Sets: 10,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,60 €

Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**
200 Stück kostenlos!

**Aufnahmeantrag
Kurzfassung**

Bestell-Nummer: **6080**
200 Stück kostenlos!

**Leitfaden Mitgliederwerbung
Farbe bekennen. Mitglied werden.**

Bestell-Nummer: **4019**
 Preis je **25 Stück: 14,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,52 €

**Leporello mit Aufnahmeantrag – Kurzfassung
Farbe bekennen. Mitglied werden.**

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €

**Wandzeitung für Ihre Werbekampagne**

DIN A2 quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**
 inkl. MwSt. und Versand

Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an:
bestellungen@ubg-medienzentrum.de
 oder per Fax an 02226-802333.



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**

Preis je **Stück: 7,70 €**

inkl. MwSt.: 8,93 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services

CDU-Kundenbetreuung

Telefax 0 52 41-8 09 41 65

E-Mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Nutzen Sie auch unseren

E-Shop unter

www.cdunet.de